

# LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

46. Jahrgang · 16. Wahlperiode · Ausgabe 7 · 6. Oktober 2015

## **Kohle-Streit**

Das rheinische Braunkohlerevier soll verkleinert werden. Die Pläne der rot-grünen Landesregierung zum Tagebau Garzweiler II lösten im Landtag eine kontroverse Debatte aus. S. 3

## **Flucht nach NRW**

Der Landtag hat den dritten Nachtragsetat der Landesregierung verabschiedet. Mit ihm werden 900 Millionen Euro zusätzlich für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bereitgestellt. S. 4-5

## **Kredite und Geschäfte**

Wie kann man Städte und Gemeinden vor den Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften schützen? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Kommunalexperten der Fraktionen. S. 7-9

## **Hilfe für Mädchen**

Millionen Mädchen werden benachteiligt. Das Kinderhilfswerk „Plan“ will das ändern, unterstützt vom Landtag. Über ihre Arbeit berichtet „Plan“-Geschäftsführerin Maïke Röttger im Interview. S. 14-15

# Platzverweis für Rechtsaußen

## Sport und Politik gegen Intoleranz

# Rote Karte für Intoleranz

Es ist das dominierende politische Thema: Tausende Flüchtlinge kommen jede Woche nach Nordrhein-Westfalen – eine große Herausforderung für Land und Kommunen.

Die Abgeordneten beschäftigen sich seit Monaten mit den Fragen, die die große Zahl an Asylsuchenden an die Politik stellt. Am Donnerstag, 1. Oktober 2015, beschloss der Landtag nun in einem verkürzten Verfahren den dritten Nachtragshaushalt der rot-grünen Landesregierung für 2015. Durch ihn werden zusätzliche Mittel für die Unterbringung und Betreuung der Asylsuchenden zur Verfügung gestellt. Bei der ersten Lesung des Entwurfs einen Tag zuvor hatte es deutliche Kritik der Opposition an der rot-grünen Flüchtlingspolitik gegeben.

Was tun, wenn Rechtsextremisten versuchen, den Sport für ihre Zwecke zu missbrauchen? In einer Aktion des Bundesinnenministeriums zeigen Politiker und Spitzensportler gemeinsam die Rote Karte. Sie sind „VorBILDER“ gegen Intoleranz und für Menschenwürde und Fairplay. Wir berichten, wie der Landtag die Kampagne unterstützt und welche Erfahrungen ein Jugendtrainer in NRW mit Neonazis machte – und wie er sich gegen sie zur Wehr setzte.



## Titelthema: Platzverweis für Rechtsaußen

**Kampagne gegen Intoleranz im Sport** ..... 10-11

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion (Red):** Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2107 (zab), 884-2324 (wib), 884-2309 (bs), Fax 884-3551, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Marc Olejak (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Frank Uferkamp (SPD), Nils Sönksen (CDU), Jan Miebach (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 1. Oktober 2015, 13 Uhr

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Auflage:** 30.000

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · [www.dehaar.de](http://www.dehaar.de)

**Herstellung und Versand:**

Griebisch & Rochol Druck GmbH & Co. KG

**Internet-Adressen:** [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de), [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

**Weitere Hinweise**



[www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de)

Diskriminiert, nur weil sie keine Jungen sind: Millionen Mädchen in den Entwicklungsländern haben keinen Zugang zu Bildung oder gesundheitlicher Betreuung, werden zwangsverheiratet, ausgebeutet. Am 20. Oktober 2015 wird dies Thema in einer gemeinsamen Veranstaltung von Landtag und dem Kinderhilfswerk „Plan“ sein. Im Interview mit Landtag Intern sprach die Geschäftsführerin von „Plan Deutschland“, Maike Röttger, über die Probleme und wie diesen begegnet werden könne.

## Finanzgeschäfte

Ein weiteres Schwerpunktthema der neuen Ausgabe ist die Finanzsituation der Städte und Gemeinden. In einer Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik ging es im September um einen gemeinsamen Gesetzentwurf von CDU- und FDP-Fraktion, mit dem Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften geschützt werden sollen. Wir berichten, was geladene Sachverständige dazu sagten und wie die Experten der fünf Fraktionen den Sachverhalt bewerteten.

wib

## Inhalt

### Aus dem Plenum

<b>Garzweiler sorgt für Zündstoff</b> .....	3
<b>Mehr Geld für die Flüchtlingsbetreuung</b> .....	4-5
<b>Meldungen</b> .....	6

### Schwerpunkt

<b>Die Kommunen und die Spekulationen</b> .....	7
<b>Schlag auf Schlag</b> .....	8-9

### Aus den Ausschüssen

<b>Meldungen</b> .....	12
<b>Privat gebaut – öffentlich genutzt</b> .....	13

### Forum

<b>Diskriminiert – nur weil sie Mädchen sind</b> .....	14-15
--	-------

### Aus den Fraktionen

<b>Gesetzgebung</b> .....	18
---------------------------	----

### Forum

<b>Im Porträt: Susanne Schneider (FDP)</b> .....	19
<b>Ein Abend für die Bundeswehr</b> .....	19
<b>Kurz notiert</b> .....	20

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, [email@landtag.nrw.de](mailto:email@landtag.nrw.de)

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

# Garzweiler sorgt für Zündstoff

## Aktuelle Stunde zur geplanten Verkleinerung des Braunkohletagebaus

1. Oktober 2015 – Die Landesregierung will den Braunkohletagebau Garzweiler II verkleinern. Folge: Die Ortschaft Holzweiler sowie die Siedlungen Dackweiler und der Hauerhof können an ihren Standorten bleiben. Auf Antrag der FDP hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema befasst. Nach Ansicht der Liberalen handelt es sich um den „Einstieg in den Ausstieg aus der Braunkohle“.

Die Landesregierung hatte am 22. September 2015 den Entwurf einer neuen „Leitentscheidung“ für das rheinische Braunkohlerevier beschlossen. Er sieht neben der räumlichen Verkleinerung auch einen Abstand von 400 Metern zwischen Holzweiler und dem Rand des Tagebaus sowie den Erhalt der Landesstraße 19 vor. „Geschätzte 400 Millionen Tonnen qualitativ hochwertige Braunkohle“ dürften dann nicht mehr gefördert werden, kritisierten die Liberalen in ihrem [Antrag](#). Dies schade dem Wirtschaftsstandort NRW.

[Dietmar Brockes](#) (FDP) monierte, dass die Landesregierung das Parlament nicht unterrichtet habe. Rund 10.000 Arbeitsplätze im Tagebau und weitere 40.000 bei Zulieferern seien gefährdet. Er habe Verständnis für die

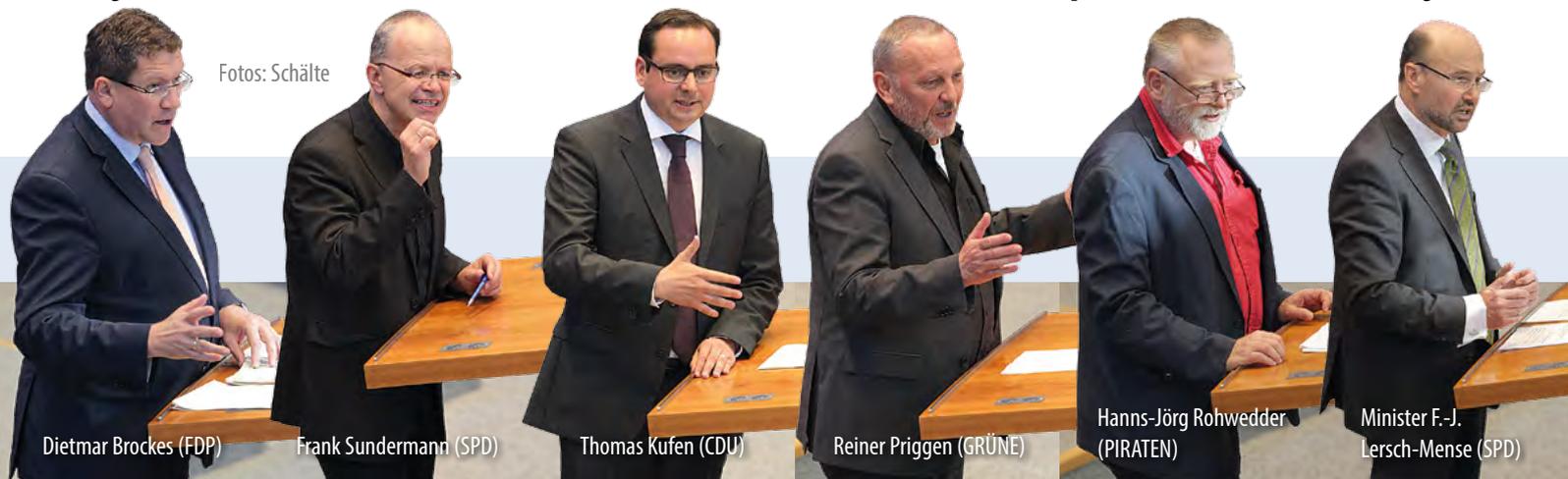
offenen Verfahren“. Ziel sei, die Energieversorgung in NRW und auch die Arbeitsplätze im rheinischen Revier langfristig zu sichern. Dazu werde auch die Braunkohle beitragen. Für die betroffenen Anwohner sei der Entwurf ein klares Signal, dass ihre Ortschaften erhalten bleiben. Die endgültige „Leitentscheidung“ sei im Frühjahr zu erwarten.

### „Offene Fragen“

„Rot-Grün handelt sich von Kuhhandel“, sagte [Thomas Kufen](#) (CDU). Auch er kritisierte die Informationspolitik der Landesregierung gegenüber dem Parlament: „Ordentliches Regierungshandeln sieht anders aus.“ Zudem sei nicht nachvollziehbar, war-

habe daher vor dem Hintergrund veränderter energiepolitischer Rahmenbedingungen eine neue Prüfung vorgenommen. Ergebnis sei, dass weniger Braunkohle benötigt werde, als zuvor angenommen. Die getroffene Entscheidung sei verantwortungsvoll.

[Hanns-Jörg Rohwedder](#) (PIRATEN) sagte, was die Landesregierung als Erfolg verkaufe und die FDP als Gefahr sehe, sei letztlich eine Entscheidung des zuständigen Energiekonzerns gewesen. Dieser habe eingesehen, dass der Braunkohleabbau ein Auslaufmodell sei. Auch gebe es bereits seit langem einen Strukturwandel. Der FDP warf Rohwedder vor, sie wolle den Abbau „künstlich verlängern“. Damit setzten die Liberalen die Energieversorgung in Deutschland aufs Spiel – mit erheblichen Auswirkungen



Fotos: Schälte

Dietmar Brockes (FDP)

Frank Sundermann (SPD)

Thomas Kufen (CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN)

Minister F.-J. Lersch-Mense (SPD)

Forderungen der Anwohner, der Landtag aber müsse den „Blick aufs Ganze“ wahren. So sei es weder fair noch richtig, dass der Abstand zwischen Holzweiler und dem Tagebau 400 Meter betragen soll, für andere Ortschaften jedoch ein 100-Meter-Abstand gelte. Die Entscheidung sei weder fachlich, noch energie- oder wirtschaftspolitisch nachvollziehbar. „Da hat die grüne Blutgrätsche wieder zugeschlagen“, sagte Brockes.

[Frank Sundermann](#) (SPD) wies die Kritik der FDP zurück. Es gehe in dem Entwurf nicht um die Braunkohleförderung generell, sondern lediglich um einen von aktuell drei Tagebauen. Es werde auch kein Enddatum für die Förderung gesetzt. Sundermann sprach von einem „sehr

um der 400-Meter-Abstand ausschließlich für Holzweiler gelten solle und nicht für andere angrenzende Ortschaften. Viele Fragen blieben im Entwurf der „Leitentscheidung“ offen. Die Entscheidung werde zum Verlust von Arbeitsplätzen in der Region führen, gab Kufen zu bedenken. Und: „Das Thema Garzweiler wird uns weiterbeschäftigen.“

[Reiner Priggen](#) wies für die GRÜNEN-Fraktion die Kritik zurück. In den vergangenen 50 Jahren seien 40.000 Menschen im rheinischen Revier wegen des Braunkohleabbaus umgesiedelt worden. Sie hätten ihre Heimat aufgeben müssen. Wenn Politik ein so großes Opfer abverlange, dann müsse es sehr gute Argumente dafür geben. Die rot-grüne Landesregierung

auf den Industriestandort. Ein Verzicht auf die Kohleverstromung sei unvermeidlich.

Für die Landesregierung sagte Minister [Franz-Josef Lersch-Mense](#), Rot-Grün habe vor dem Hintergrund veränderter energiepolitischer Voraussetzungen in einem „fairen und transparenten Verfahren“ im Sinne der Menschen entschieden. 1.400 Bürgerinnen und Bürgern im rheinischen Revier bleibe eine Umsiedlung und damit ein „gravierender Eingriff in ihre Grundrechte“ erspart, indem das Abbaugelände „maßvoll verkleinert“ werde. Zugleich stünden noch Braunkohlevorräte für mehrere Jahrzehnte zur Verfügung. Dieser Energieträger werde auch weiter seinen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten.

wib/zab

# Chance und Herausforderung

30. September 2015 – Sie kommen zu Tausenden, jede Woche: Flüchtlinge, die Schutz und eine neue Heimat suchen. Mit dem Großprojekt der deutschen Politik, die Asylsuchenden unterzubringen, zu versorgen und zu integrieren, befasste sich erneut der Landtag. In einer Plenardebatte unterrichtete die Landesregierung über die Ergebnisse des Bund-Länder-Gipfels vom 24. September 2015. In Verbindung damit wurde der dritte Nachtragshaushalt für 2015 beraten. Er sieht wegen der großen Zahl an Asylsuchenden 900 Millionen Euro Mehrausgaben für 2015 vor (siehe Kasten).

Ministerpräsidentin **Hannelore Kraft** (SPD) nannte die Gipfelergebnisse in der Debatte eine „gute Lösung“. Sie hob die Zusagen des Bundes hervor, die Asylverfahren zu beschleunigen und eine Kostenpauschale von 670 Euro pro Flüchtling zu zahlen. Der Bund komme damit „angemessen“ seiner Verantwortung nach. Deutschland habe nach dem Gipfel „bessere Voraussetzungen“, um die Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik anzugehen und zu bestehen. Kraft betonte zugleich, der „Hauptteil der Aufgabe“ sei die Integration der Flüchtlinge, und hier sei der Zugang zum Arbeitsmarkt der „Königsweg“. Zugleich werde die Vermittlung der Werte des Grundgesetzes eine wichtige Grundlage sein. Errungenschaften wie Toleranz und Religionsfreiheit seien „nicht verhandelbar“.

## „Sprint und Marathonlauf“

Auch CDU-Fraktionschef **Armin Laschet** lobte die Ergebnisse des Gipfels. Die Politik brauche nun „Sprinter- und Langläuferqualitäten“. Mit Blick auf den Winter müsse schnell und flexibel gehandelt werden, um alle Flüchtlinge angemessen zu versorgen. Zugleich stehe ein „Integrationsmarathon“ bevor. Laschet warf der Landesregierung vor, sie habe in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben nicht gemacht und daher schlechtere Voraussetzungen, um die Lage zu meistern. So seien die finanziellen Spielräume enger als in anderen Ländern. Er kritisierte auch, Kraft habe bei ihrer Kabinetts-umbildung die „einzigartige Chance“ verpasst, mit einem Neuzuschnitt der Ministerien die wichtigen Aufgaben der Flüchtlingspolitik besser zu koordinieren.

Von einer „historischen Bewährungsprobe“ sprach SPD-Fraktionschef **Norbert Römer**. Diese werde das Land nur bestehen, wenn sich alle als „Verantwortungsgemeinschaft“ verstünden. Zu lange habe die Last allein auf den Schultern von Ländern, Kommunen und ehrenamtlich Engagierten gelegen. Mit dem Gipfel-Kompromiss habe nun der Bund seine Verantwortung ange-



Die Bilder zeigen Flüchtlinge, die am Fernbahnhof in Düsseldorf ankommen und betreut werden.

Fotos: Schälte

nommen. Die Kritik der CDU an der rot-grünen Politik wies er als „kleinkariert“ zurück. Römer warf seinerseits CDU und FDP vor, derzeit zu stark mögliche Gefahren der Zuwanderung zu betonen. Deutschland könne durch die Zuwanderung zu einem Land werden, das dynamischer, innovativer und wirtschaftlich erfolgreicher sei als die Länder, die sich abschotteten.

„Das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention stehen für Liberale nicht zur Disposition“, bekräftigte [Dr. Joachim Stamp](#), der Vizevorsitzende der FDP-Fraktion. Er warnte vor Populismus – aber auch davor, die Situation ankommender Flüchtlinge zu romantisieren. Die Aussage der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das“ ersetze kein vernünftiges Handeln. Genau das aber sei erforderlich. „Wir können es schaffen, wenn wir richtig handeln“, sagte Stamp. Erforderlich sei eine realistische

Einschätzung: „Nicht jeder, der zu uns kommt, ist automatisch eine Bereicherung. Der Anteil an unangenehmen Zeitgenossen dürfte bei den Flüchtlingen ähnlich hoch sein wie bei der deutschen Bevölkerung.“

### Geld für die Kommunen

GRÜNEN-Fraktionschef [Mehrhad Mostofizadeh](#) dankte der Ministerpräsidentin für ihre „klaren Worte“. Es sei gut, dass Menschen aus Ländern des Westbalkans nun über das Arbeitsrecht eine Einwanderungsperspektive erhielten. Positiv sei zudem, dass die Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge geregelt werde. Mostofizadeh wies auch auf die beschleunigten Verfahren und zusätzlich eingestelltes Personal hin, darunter etliche Richter und Mitarbeiter für die Registrierung der Flüchtlinge. Dass das Geld, das

der Bund für die Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zusätzlich zur Verfügung stelle, „eins zu eins“ an die Kommunen weitergegeben werde, sei eine Selbstverständlichkeit.

Die Landesregierung sei überfordert und handle planlos, sagte [Dietmar Schulz](#) (PIRATEN). Flüchtlinge erlebten keine Willkommenskultur, sondern „desolate sanitäre Situationen mit Außenbädern, verdreckten Toiletten und untauglicher Stromversorgung“. Seine Fraktion habe zahlreiche Forderungen zur Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften gestellt, die von Rot-Grün abgelehnt worden seien – der Verzicht auf „Zeltstädte“ ebenso wie die Einführung einheitlicher Unterkunftsstandards. Es sei Aufgabe der Politik, Antworten zu geben und Probleme proaktiv zu lösen. Die Landesregierung zeige keine Lösungswege auf und verfare nach dem Prinzip „Versuch und Irrtum“. *zab/wib*

## Mehr Geld für die Betreuung von Flüchtlingen

Der Landtag hat am 1. Oktober 2015 den dritten Nachtragshaushalt für 2015 verabschiedet. Er sieht Mehrausgaben in Höhe von 900 Millionen Euro vor – für die Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Integration von Flüchtlingen. Für den Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung stimmten in der dritten Lesung die Koalitionsfraktionen von SPD und GRÜNEN. Die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und PIRATEN enthielten sich.

Der Nachtragshaushalt war wegen der aktuellen Lage in einem fraktionsübergreifend verabredeten verkürzten Verfahren an zwei Plenartagen hintereinander beraten worden, damit das Geld Anfang Oktober zur Verfügung steht.

Schätzungen zufolge werden in diesem Jahr zwischen 170.000 und 200.000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen kommen.

Die 900 Millionen Euro an Mehrausgaben werden nach Angaben des Landesfinanzministeriums aus erwarteten Steuermehr-

einnahmen finanziert. Insgesamt steigen die Ausgaben für die Flüchtlingspolitik im Etat 2015 auf 1,7 Milliarden Euro. Das Gesamtvolumen des Landshaushalts erhöht sich auf 65,5 Milliarden Euro. Die Neuverschuldung bleibt bei 1,9 Milliarden Euro.

### Stellen bei Gerichten

Der größte Teil der Mehrausgaben in Höhe von 863 Millionen Euro fließt den weiteren Angaben zufolge an das Landesinnenminis-

terium. So sollen 152 Millionen Euro für die Schaffung von 50.000 weiteren Unterbringungsplätzen für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden.

Das Schulministerium erhält weitere 35 Millionen Euro für 2.625 Lehrstellen, um den Unterricht für Flüchtlingskinder zu sichern. Mit 217 Millionen Euro sollen den Angaben zufolge die Kommunen entlastet werden. Um die Asylverfahren zu beschleunigen, werden 76 weitere Stellen bei Verwaltungsgerichten geschaffen.



Foto: Schälte

# AUS DEM PLENUM

## Neue Aufgaben

13./27.9.2015 – Bei den Kommunalwahlen sind auch vier Landtagsabgeordnete gewählt worden. Der FDP-Abgeordnete [Kai Abruszat](#) wird Bürgermeister der Gemeinde Stewede (Kreis Minden-Lübbecke). Der 46-jährige Jurist setzte sich im ersten Wahlgang durch. Für ihn nachrücken wird nach Angaben der Fraktion der Mönchengladbacher Diplom-Ingenieur Andreas Terhaag (47). Ebenfalls in der ersten Runde gewählt wurde der SPD-Landtagsabgeordnete [Reiner Breuer](#). Der 46-jährige Jurist wird neuer Oberbürgermeister von Neuss. In einer Stichwahl wurde der SPD-Landtagsabgeordnete [Thomas Eiskirch](#) (44) zum neuen Oberbürgermeister von Bochum gewählt. Für Breuer und Eiskirch nachrücken werden [André Stinka](#) und [Elisabeth Koschorreck](#). Stinka (50) war bereits von 2005 bis 2012 Mitglied des Landtags, Koschorreck (63) von 2005 bis 2010. Ebenfalls in einer Stichwahl setzte sich der CDU-Landtagsabgeordnete [Thomas Kufen](#) als neuer Oberbürgermeister von Essen durch. Für den 42-jährigen früheren Integrationsbeauftragten des Landes (2005 – 2010) rückt [Michael-Ezzo Solf](#) (69) nach, der bereits von 1999 bis 2012 Abgeordneter war.

## Familienbericht

30.9.2015 – Familien in Nordrhein-Westfalen fehlt es vor allem an Zeit. Dies sei eine wesentliche Aussage des Familienberichts NRW, teilte die Landesregierung in einer Unterrichtung des Landtags mit. Der Bericht mit dem Titel „Familien gestalten Zukunft“ sei keine abschließende Analyse, sondern solle regelmäßig fortgeschrieben werden. Die Opposition warf der Landesregierung Versäumnisse in der Familienpolitik vor und sah Aufholbedarf. Erforderlich seien u.a. flexible Teilzeitarbeitsmodelle.

## Änderung der Wahlkreise

30.9.2015 – Der Landtag hat sich in erster Lesung mit einer Änderung des Wahlkreisgesetzes befasst. Ein entsprechender Gesetzentwurf ([Drs. 16/9794](#)) von SPD und GRÜNEN wurde an den Hauptausschuss überwiesen. Konkret geht es um eine Neuabgrenzung der Landtagswahlkreise. Sie sei erforderlich, wenn die Einwohnerzahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Wahlkreise um mehr als 20 Prozent abweiche. Ausschlag-

gebend sei die Zahl der deutschen Bevölkerung. Auf diese Weise solle dem Prinzip der Wahlgleichheit Rechnung getragen werden. Betroffen sind die Wahlkreise Euskirchen I, Remscheid, Krefeld I, Duisburg II, Duisburg III, Essen IV und Minden-Lübbecke II.

## Sperrklausel

1.10.2015 – Bei der Wahl von Räten und Kreistagen soll künftig wieder eine Sperrklausel gelten – und zwar in Höhe von 2,5 Prozent. Dies sieht ein Gesetzentwurf ([Drs. 16/9795](#)) vor, den die Fraktionen von SPD, CDU und GRÜNEN in den Landtag eingebracht haben. Sie verweisen darauf, dass einige kommunale Vertretungen sich mittlerweile aus mehr als zehn unterschiedlichen Parteien und Wählergruppen zusammensetzten. Durch diese Zersplitterung sei die Handlungsfähigkeit der Gremien beeinträchtigt oder „zumindest in hohem Maße gefährdet“. Das Landesverfassungsgericht hatte 1999 die bis dahin geltende Sperrklausel von 5 Prozent gekippt. Die nächste Wahl von Räten und Kreistagen findet 2020 an Rhein und Ruhr statt.

# Neue Regierungsmitglieder vereidigt



Am 1. Oktober 2015 hat Landtagspräsidentin Carina Gödecke (r.) neue SPD-Minister vereidigt. [Christina Kampmann](#) (35/3.v.l.) aus Bielefeld ist Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport und löst [Ute Schäfer](#) (61) ab. Der Landtagsabgeordnete [Rainer Schmeltzer](#) (54/2.v.r.) aus Lünen folgt als Arbeits- und Sozialminister auf [Guntram Schneider](#) (64). Für Angelica Schwall-Düren (67) übernimmt [Franz-Josef Lersch-Mense](#) (63/3.v.r.) das Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien. Er bleibt auch Chef der Staatskanzlei. Links: Vize-Ministerpräsidentin [Sylvia Löhrmann](#) (GRÜNE) und Ministerpräsidentin [Hannelore Kraft](#) (SPD).

Foto: Schälte

# Geschäfte mit Risiko

## Schutz der Kommunen bei Fremdwährungskrediten Thema im Ausschuss für Kommunalpolitik

11. September 2015 – Als die Schweizerische Nationalbank am 15. Januar 2015 die Abkopplung des Franken vom Euro verkündete, schrillten in vielen Rathäusern die Alarmpfeifen – auch in NRW. Denn: Etliche Kommunen hatten vermeintlich günstige Fremdwährungskredite aufgenommen, meist in Schweizer Franken. Deren Rückzahlung könnte nun deutlich teurer werden als gedacht.

Im Ausschuss für Kommunalpolitik stand das Thema nun erneut auf der Tagesordnung. Grundlage war ein gemeinsamer [Gesetzentwurf von CDU und FDP](#), der Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften schützen soll. Zugleich regen die Christdemokraten die Gründung einer „Kommunalfinanzagentur“ an. Sie soll Städte und Gemeinden im Zins- und Schuldenmanagement unterstützen. In einer Anhörung äußerten sich Expertinnen und Experten dazu.

Aktuellen Angaben des Innenministeriums zufolge sind 27 NRW-Kommunen mit rund 1,7 Milliarden Schweizer Franken verschuldet. Die bestehende Gesetzeslage habe es bisher nicht vermocht, „die Kommunen vor Verlusten aus Fremdwährungskrediten und riskanten Finanzgeschäften mit spekulativen Zinsderivaten zu bewahren“. Die Fraktionen fordern daher u.a. eine Genehmigungspflicht dieser Kredite sowie ein Verbot spekulativer Finanzgeschäfte.

Die CDU hält zudem eine „Kommunalfinanzagentur“ für erforderlich und schlägt eine interkommunale Zusammenarbeit vor. „Die Möglichkeiten eines Zins- und Schuldenmanagements können aktuell in kleineren und mittelgroßen Kommunen kaum ausreichend genutzt werden, weil weder die personelle Stärke noch das entsprechende Know-how zur Umsetzung“ vorhanden seien, heißt es in dem [Antrag](#).

Skeptisch äußerte sich die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW (Städtetag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund). Der Gesetzentwurf von CDU

und FDP würde die Kommunen „derart weitgehend reglementieren, dass ein aktives Zins- und Schuldenmanagement faktisch nicht mehr möglich wäre“. Außerdem werde nicht klar definiert, „welche Geschäfte konkret als spekulativ gewertet werden“. Eine Finanzagentur könne ein sinnvolles Instrument sein. Gleichwohl halte man den Antrag für verfrüht, sagte Claus Hamacher. Zunächst müsse ein ausführliches Konzept entwickelt werden. Ähnlich argumentierte Dr. Jörg Hopfe von der NRW.Bank.

### „Zügig umsetzen“

Der Bund der Steuerzahler NRW sah im Gesetzentwurf langjährige eigene Forderungen aufgenommen und empfahl, den Vorschlag von CDU und FDP zügig umzusetzen. Die Vorteile einer kommunalen Finanzagentur könne man jedoch nicht erkennen, „denn üblicherweise werden Kommunen, städtische Gesellschaften sowie öffentliche Sondervermögen heute schon kompetent von den kreditgebenden Banken, genossenschaftlichen Instituten und Sparkassen beraten“, erklärte Eberhard Kanski. Eine solche Agentur „würde weder das Produkt- noch das Dienstleistungsspektrum vergrößern“, befand Norbert Hornung von der Landesbank Hessen-Thüringen. Franz-Josef Arndt vom Bankenverband NRW sah ebenfalls „keine unmittelbare Notwendigkeit“.

„Zum besseren Schutz der Kommunen vor dem Abschluss spekulativer Geschäfte sind eine Konkretisierung des Spekulationsverbots und ausdrückliche gesetzliche Verankerung außerordentlich hilfreich“, so Dr. Jochen

Weck („Rössner Rechtsanwälte“, München). Er empfahl, bei spekulativen Geschäften die „Rechtsfolge der Nichtigkeit“ in Anspruch zu nehmen. Sie würde das Risiko auf die Banken verlagern. „Das Konzept ‚Spekulation‘ und seine Definition“ seien im vorliegenden Gesetzentwurf nicht zielführend, erklärte Dr. Manfred Busch, Kämmerer der Stadt Bochum. Jede Entscheidung könne sich im Nachhinein als falsch herausstellen. Den Gesetzentwurf bezeichnete er als „Beruhigungsspiel für die Öffentlichkeit“. Manfred Abrahams, Stadtdirektor in Düsseldorf, sah im Gesetzentwurf einen „weitgehenden Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung“ und lehnte auch die Gründung einer kommunalen Finanzagentur ab: „Unterschätzen Sie nicht die Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen.“

Nach Ansicht von Sabine Noll, Kämmerin in Monheim, ist der Gesetzentwurf weniger als Eingriff in die kommunale Finanzhoheit, sondern eher als Schutz zu sehen. Auch die Einrichtung einer Finanzagentur als Projekt interkommunaler Zusammenarbeit sei sinnvoll und zu unterstützen. Der Entwurf helfe den Kommunen letztlich nicht, die mit Kreditgeschäften verbundenen Risiken zu minimieren, meinte dagegen Hubert Große-Ruiken, Kämmerer in Dorsten. Zwar wolle der Entwurf die Aufnahme von Fremdwährungskrediten und Derivaten (Termingeschäfte) stark reglementieren, schreibe aber vor deren Verbot zurück. *zab*

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9.

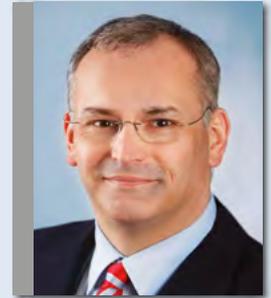
# Schlag auf Schlag

## Meinungen zum Schwerpunkt „Fremdwährungskredite“

[Michael Hübner](#)  
(SPD)



[Ralf Nettelstroth](#)  
(CDU)



### ***Fremdwährungskredite sind ...***

... auch für Kommunen ein übliches und geeignetes Mittel, wenn bei der Gesamtfinanzierung die Risiken hinreichend gestreut werden und die Kredite in einer soliden Währung wie dem Schweizer Franken aufgenommen werden. Trotz des 2015 gestiegenen Wechselkurses für den Franken hatten die günstigen Konditionen dieser Kredite sehr lange zu einer deutlichen Entlastung vieler kommunaler Haushalte geführt.

... insbesondere für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen ein großes finanzielles Risiko. 27 NRW-Kommunen haben sich mit rund 1,7 Milliarden Schweizer Franken verschuldet, mit dem großen Risiko der Zins- und Währungsänderung. Die Praxis zeigt, dass die geltenden rechtlichen Regelungen in NRW unzureichend sind, die Kommunen vor diesen finanziellen Risiken zu schützen.

### ***Eine Genehmigungspflicht ...***

... ist weder notwendig noch sinnvoll. Mit dem Erlass des Innenministeriums zu Krediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften besteht bereits ein umfassendes Regelwerk, um spekulative und zu riskante Finanzgeschäfte der Kommunen zu unterbinden. Zudem ist der in manchen Kreisen vermittelte Eindruck falsch, dass entweder naive Entscheidungsträger oder besonders risikoaffine Zocker am Werk seien.

... soll die verschuldeten Kommunen vor Verlusten aus riskanten Krediten in fremden Währungen bewahren. Wenn eine Aufsichtsbehörde sich Kreditverträge kontrollierend ansehen kann, ist das kein Eingriff in die kommunale Finanzhoheit, sondern schützt die Kommunen. Das finanzielle Risiko kann durch die Genehmigungspflicht von Fremdwährungskrediten verringert werden.

### ***Ein grundsätzliches Aufnahmeverbot ...***

... ist ein untaugliches Mittel, da hierdurch die Kommunen in ihrer Handlungsfähigkeit derart weitgehend reglementiert würden, dass ein aktives Zins- und Schuldenmanagement faktisch nicht mehr möglich wäre. Die Städte und Gemeinden würden von wichtigen Finanzierungsmöglichkeiten abgeschnitten werden. Dies hätte im Endeffekt deutlich negative Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte.

... sollte für spekulative Finanzgeschäfte gesetzlich festgeschrieben werden, denn diese gehören nicht in Rathäuser. Der Abschluss von Finanzgeschäften, deren wirtschaftlicher Erfolg für Gemeinden von Entwicklungen abhängig ist, die nicht vorhersehbar und nicht beeinflussbar sind, ist mit der Pflicht zur sparsamen Haushaltsführung unvereinbar. Daher ist ein Verbot spekulativer Geschäfte notwendig.

### ***Eine Kommunalfinanzagentur ...***

... ist nach derzeitiger Einschätzung nicht zwingend erforderlich, da in den Kommunen grundsätzlich eine ausreichende fachliche Expertise im Hinblick auf Finanzierungsfragen vorhanden ist. Mittelfristig könnte aber ausgewertet werden, welche Erfahrungen in denjenigen Ländern gemacht wurden, in denen eine solche Agentur besteht, beispielsweise in Frankreich oder in einigen skandinavischen Ländern.

... kann zur Unterstützung kleinerer Kommunen eine große Hilfe sein. Denn nicht jede der 396 NRW-Gemeinden hat ausreichend eigene Fachleute, um die hoch komplexen Instrumente beim Schuldenmanagement üblich zu überblicken. Hauptaufgabe einer Kommunalen Finanzagentur ist die Information und Bündelung der Kapitalnachfrage, um Kapital zu günstigen Konditionen am Finanzmarkt zu beschaffen.

[Mario Krüger](#)  
(GRÜNE)



[Kai Abrusatz](#)  
(FDP)



[Torsten Sommer](#)  
(PIRATEN)



... eine Möglichkeit der kommunalen Kreditbeschaffung. Dies eröffnet Chancen verbilligter Kreditaufnahme, allerdings müssen vor allem die Risiken beachtet werden. So können die Wechselkursrisiken erheblich sein, wie dies einige NRW-Kommunen schmerzhaft erfahren mussten. Aus diesem Grunde sollten Fremdwährungskredite nur sehr zurückhaltend und unter sorgfältiger Risikoabwägung aufgenommen werden.

... schwer kalkulierbar, weil sie sowohl erheblichen Zinsänderungs- als auch Wechselkursrisiken unterliegen. Als solide kommunale Finanzierungsquelle sind sie daher weitgehend ungeeignet. Städte und Gemeinden sollten nicht dem Risiko ausgesetzt sein, die Option der Fremdwährungsaufnahme bei der Abwägung vorteilhafter Finanzierungsalternativen berücksichtigen zu müssen.

... Teil der aktuellen Verschuldungssituation der Kommunen in NRW und damit eine zusätzliche Belastung. Gerade Kommunen wie Essen versuchen, durch Prolongation das Problem vor sich her zu schieben. Kreditgeschäfte ohne entsprechende Absicherung des Währungsrisikos und die daraus resultierenden Prolongationen sind spekulativ.

... ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich. Die bestehenden Regelungen für Fremdwährungskredite sind hinsichtlich der Risikoabwägung und -vorsorge ausreichend klar definiert.

... für die Aufnahme von Fremdwährungskrediten halten wir für sinnvoll. In einzelnen Fallkonstellationen kann sich die Fremdwährungsaufnahme als zweckmäßig erweisen. Eine unabhängige Prüfung und Genehmigung durch die zuständige Kommunalaufsichtsbehörde wäre dabei ein zusätzlicher Sicherungsmechanismus. Die Landesregierung würde hierdurch mit in die Verantwortung genommen.

... ist ein weiterer Aufbau von Bürokratie und würde aktuell nicht zu einer Verbesserung der Lage führen, da geeignetes Personal in der Aufsichtsbehörde nicht vorhanden ist. Dieses Personal wäre aber dringend notwendig, wenn die Genehmigungspflicht eine sinnvolle Auflage darstellen soll. Geeignete Maßnahmen zur Schulung müssen als Vorbereitung zwingend erfolgen.

... ist ein erheblicher Eingriff in das Recht auf kommunale Selbstverwaltung, den wir ablehnen. Außerdem liefert er keine Lösung für diejenigen Kommunen, die in der Vergangenheit bereits Fremdwährungskredite aufgenommen haben. Sie hätten große Schwierigkeiten, wenn sie ihre bestehenden Fremdwährungskredite nicht verlängern dürften.

... für Fremdwährungskredite empfehlen wir ausdrücklich nicht. Ob und inwieweit die Aufnahme von Fremdwährungskrediten ökonomisch sinnvoll und mit Blick auf die Sicherheit für das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler vertretbar ist, hängt nicht nur vom Einzelfall ab, sondern ändert sich auch mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Auf ein absolutes Verbot sollte daher verzichtet werden.

... kann man überdenken. Allerdings gibt es auch Mittel und Wege, ein solides Fremdwährungsgeschäft abzuschließen und die Währungsrisiken auszugleichen. Vielen Kommunen war das allerdings zu teuer bzw. es war geplant, die spekulativen Gewinne einzustreichen. Daraus resultieren jetzt die Krisen mit den Krediten in Schweizer Franken.

... ergibt nur Sinn, wenn sie von den Kommunen breit getragen wird. Dies scheint aktuell nicht der Fall zu sein, wie auch die Sachverständigenanhörung gezeigt hat. Zudem würde eine solche Agentur zusätzliche Bürokratiekosten auslösen. Ihr Mehrwert für die Kommunen ist aber fraglich, da diese schon jetzt kompetent beraten werden. Eine Ausweitung interkommunaler Zusammenarbeit kann aber sinnvoll sein.

... birgt Licht und Schatten. Einerseits ließen sich durch eine Bündelung der Nachfrage am Kreditmarkt günstige Konditionen erzielen. Andererseits könnte dies langfristig zu einer Verringerung des Angebots führen. Grundsätzlich lassen sich die Zielsetzungen, die durch den Aufbau einer kommunalen Finanzagentur bei der NRW.Bank verfolgt werden, auch auf dem Wege der interkommunalen Zusammenarbeit erreichen.

... kann gerade kleineren Kommunen eine Hilfestellung geben. Die NRW.Bank kann aber nicht einerseits beraten, wie im Antrag der CDU gefordert, und gleichzeitig als Anbieter von günstigen Darlehen auftauchen. Es stellt sich die Frage, wer in NRW diese Finanzagentur betreiben soll. Es muss eine unabhängige Stelle geschaffen werden, in der fachkundiges Personal unparteiisch beraten kann.

# „Vier Schrauben

## „VorBILDER“ sagen Nein zu Hass und Intoleranz

Ein Zeichen setzen gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit – dies will die Wanderausstellung „VorBILDER“, die Teil einer Kampagne des Bundesinnenministeriums ist. Ziel ist, Sportvereine im Kampf gegen Rechtsextremismus zu stärken. Unterstützung kommt u.a. vom Landtag.

In der Wanderausstellung, die im September im Landtag gastierte, sind Schwarz-Weiß-Porträts von „Paaren“ aus Politik und Sport zu sehen, fotografiert von Angelika und Bernd Kohlmeier. Jedes Plakat trägt eine andere Botschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Menschenwürde.

Unter dem Motto „Vielfalt ist Zukunft“ reihte sich nun Landtagspräsidentin Carina Gödecke gemeinsam mit Landesjustizminister Thomas Kutschaty in die Gruppe der prominenten Unterstützer ein. Das Schwarz-Weiß-Porträt zeigt die beiden gemeinsam mit dem Bundesligaspieler Ilkay Gündogan von Borussia Dortmund sowie den Jugendspielern Maxime, Tanay, Anton und Daniel.

### Gauck, Lammert und Jogi Löw

Auf anderen Schwarz-Weiß-Porträts zu sehen sind Bundespräsident Joachim Gauck, Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), die Düsseldorfer FDP-Politikerin Gisela Piltz oder Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (GRÜNE) sowie Spitzenvertreter des deutschen Sports, darunter Fußballnationaltrainer Joachim Löw, der frühere Bundesligaprofi Gerald Asamoah, der Bochumer Langstreckenläufer Jan Fitschen und die Hammerwerferin Betty Heidler.

Die Kampagne „Foul von Rechtsaußen – Sport und Politik verein(t) für Toleranz, Respekt und Menschenwürde“ wurde 2011 gegründet. Träger sind neben dem Bundesinnenministerium u. a. der Deutsche Olympische Sportbund, die Deutsche Sportjugend und der Deutsche Fußball-Bund.

Weitere Informationen zur Kampagne finden Sie unter: [www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de)



Foto und Gestaltung: studio kohlmeier berlin



**Vielfalt ist Zukunft**

VorBILDER • [www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de](http://www.vereint-gegen-rechtsextremismus.de)

**ILKAY GÜNDOGAN**  
Profifußballspieler

**MAXIME**  
U9 Jugendspieler

**THOMAS KUTSCHATY**  
Justizminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen

**CARINA GÖDECKE**  
Präsidentin  
des Landtags Nordrhein-Westfalen

**TANAY**  
U9 Jugendspieler

**ANTON**  
U9 Jugendspieler

**DANIEL**  
U9 Jugendspieler

# für Zivilcourage“

## Talkrunde im Landtag zum Thema Rechtsextremismus im Sport

15. September 2015 – Einer der Teilnehmer war Jo Ecker. Er setzt sich seit 14 Jahren gegen Gewalt und Rassismus auf dem Fußballplatz ein. „Fußball gegen Rechts“ hat er seine Initiative genannt. Sie hat bereits zahlreiche Projekte umgesetzt.

Jo Eckers Schlüsselerlebnis liegt 14 Jahre zurück. Er trainierte damals die C-Jugend des FC Düren-Niederau. Während eines Spiels um den Mittelrheinpokal wurden die Nachwuchskicker, viele von ihnen mit Migrationshintergrund, von einer Horde Neonazis beleidigt und beschimpft. Die Eltern, sagt Ecker, hätten sich nicht gewehrt und auch der Schiedsrichter habe die Begegnung weiterlaufen lassen. Nach dem Schlusspfiff seien die Kinder aus Niederau mit Baseballschlägern bedroht worden. Er habe sich über die Vorfälle beschwert, seine Schilderungen aber seien als „Lappalie“ abgetan worden. Jo Ecker beschloss, selbst aktiv zu werden und gründete die Initiative „Fußballvereine gegen Rechts“ (siehe Kasten).

Was sich seither getan hat, davon berichtete er in einer Talkrunde aus Anlass der Ausstellungseröffnung „VorBILDER“ im Landtag. Weitere Teilnehmer waren der Läufer Jan Fitschen (Europameister über 10.000 Meter), Peter Flore (Redakteur Neue Medien bei Borussia Dortmund), Antje Gansewig (Deutsches Forum für Kriminalprävention) und NRW-Justizminister Thomas Kutschaty. Die Moderation hatte der Sportjournalist Sven Pistor übernommen.

### Fußballvereine gegen Rechts

„Vier Schrauben für Zivilcourage“ ist nur eine von vielen Aktionen, die die Initiative „Fußballvereine gegen Rechts“ bislang gestartet hat. Weitere Projekte hießen „Teamfotos gegen Rechts“, „Integration durch Tore“, „Schule gegen Rassismus und Gewalt“, „Fußballfeste gegen Rechts“ oder „Wir vermieten nicht an Nazis“. Bei der Aktion „Promis gegen Rechts“ hatten sich u.a. aktive und ehemalige Sportlerinnen und Sportler, aber auch Politikerinnen und Politiker mit dem Emblem oder der Fahne der Initiative fotografieren lassen.

Die Initiative wurde für ihr Engagement mehrfach ausgezeichnet – u.a. 2008 mit dem Julius-Hirsch-Preis des DFB.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter [www.fussballvereine-gegen-rechts.de/](http://www.fussballvereine-gegen-rechts.de/)

Ecker hatte ein Schild mitgebracht, um seine Aktion „Vier Schrauben für Zivilcourage“ noch bekannter zu machen. „Kein Platz für Rassismus und Gewalt“ steht auf den Schildern, die mit vier Schrauben problemlos an jedem Fußballplatz angebracht werden können. Exakt 519 davon hatte er bis zu diesem Tag schon an Vereine in ganz Deutschland verschickt. In Neonazi-Kreisen sei er bekannt, erklärte Jo Ecker: „Das ist auch gut so.“ In den vergangenen Jahren habe er „einige Morddrohungen“ erhalten, einmal habe er eine tote Katze in seinem Garten gefunden, zweimal sein Garagentor wegen Hakenkreuzschmierereien neu streichen müssen. Angst habe er trotzdem nicht. „Die Angst ist weg“, sagte er.

### „Nicht geduldet“

Borussia Dortmund befasse sich seit Jahren mit dem Problem „Rechtsextremismus“, berichtete Peter Flore. Der Verein begreife es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, klarzumachen, „dass diese Haltung nicht geduldet wird“. Dies sei gerade in Dortmund wichtig, da die Stadt in NRW als „Neonazi-Hochburg“ gelte. „Wir suchen den Dialog mit Fans, die sich aktiv antirassistisch beteiligen wollen“, sagte Flore. Diese Fans hätten die Rückendeckung des Vereins und würden unterstützt.

Rechtsextremismus sei vor allem ein Problem in den unteren Ligen, meinte Antje Gansewig vom Deutschen Forum für Kriminalprävention.

on. Bei der Prävention sei aber auch der sogenannte Alltagsrassismus Thema.

„Ich war in Kenia, ich habe mit Kenianern trainiert“, berichtete 10.000-Meter-Europameister Jan Fitschen. Viele Leute, die rechtsextreme Gedanken in sich tragen, hätten dagegen nie Kontakt zu anderen Kulturen gehabt. Andere Kulturen kennenzulernen, sei spannend. Man müsse keine Angst vor ihnen haben.

Um Rechtsextremismus vorzubeugen, müsse man früh ansetzen, erklärte Justizminister Thomas Kutschaty. Aus diesem Grunde biete man in den Schulen u.a. Arbeitsgemeinschaften zum Thema an. zab



Foto: Schälte

# AUS DEN AUSSCHÜSSEN

## Strafvollzug in der Schweiz

15./16.9.2015 – Das System des Strafvollzugs in der Schweiz stand im Mittelpunkt einer Informationsreise der Vollzugskommission des Landtags Mitte September. Die Mitglieder der Kommission besuchten das Amt für Justizvollzug des Kantons Zürich, die Justizvollzugsanstalt Pöschwies, die größte geschlossene JVA des Landes, sowie das Maßnahmenzentrum Uitikon (MZU). Die dortigen Mitarbeiter sollen junge Straftäter befähigen, nach Ende der Haftzeit selbstständig und ohne Rückfälle zu leben. In der Schweiz ist der Strafvollzug Angelegenheit der Kantone. Allerdings gibt es regionale Kooperationen. Zu den Aufgaben der Vollzugskommission gehört es u.a., sich über die Systeme und die Entwicklungstendenzen im Strafvollzug anderer Bundesländer und im Ausland zu informieren.

## Flüchtlinge als Studenten

16.9.2015 – Die Hochschulen an Rhein und Ruhr bereiten sich darauf vor, zunehmend Flüchtlinge als Studierende aufzunehmen. Dies berichtete das Wissenschaftsministerium auf eine Dringliche Frage der CDU-Fraktion im Wissenschaftsausschuss. Demnach gibt es derzeit noch keinen Ansturm von Flüchtlingen auf die Universitäten und Fachhochschulen. Es würden aber bereits zahlreiche Maßnahmen zur Vorbereitung getroffen. Als Beispiele nannte das Ministerium ein mehrsprachiges Informationsangebot im Internet sowie Deutschkurse und Rechtsberatungen an den Hochschulen.

## Haushalt 2016 im Blickpunkt

22.9.2015 – Rund 20 Sachverständige haben sich in einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsentwurf 2016 der Landesregierung geäußert. So bescheinigte das Institut der Deutschen Wirtschaft (Köln) der Landesregierung zwar einen „offenkundigen Sparwillen“, sah im Entwurf jedoch auch Risiken.

Das Finanzwissenschaftliche Forschungsinstitut der Universität Köln sah den „erkennbaren Willen, die Schuldenbremse einzuhalten“. Problematisch sei jedoch, dass durch die geplante Einrichtung des neuen Pensionsfonds Lasten in spätere Haushalte verschoben würden. Als „politische, soziale und wirtschaftliche Herausforderung“ bezeichneten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege den Zustrom von Flüchtlingen. Ziel müsse sein, diese Menschen zu integrieren und Solidarität zu schaffen. Dies werde im Entwurf nicht ausreichend berücksichtigt.

## Lebensmittelkontrollen

23.9.2015 – Der Wirtschaftsausschuss des Landtags hat einen Antrag der FDP-Fraktion zur Finanzierung von Lebensmittelkontrollen mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und PIRATEN abgelehnt. Die FDP hatte in ihrem Antrag ([Drs. 16/7167](#)) Pläne der rot-grünen Landesregierung kritisiert, wonach die kontrollierten Unternehmen künftig Gebühren zahlen sollen. Die Fraktion will vielmehr am Grundsatz festhalten, dass die amtliche Lebensmittelüberwachung aus Steuermitteln finanziert wird. Unterstützung kam von der CDU-Fraktion, die dem Antrag zustimmte.

## Regionale Unterschiede

23.9.2015 – Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren gestiegen. Sie liegt allerdings weiter unter dem Bundesdurchschnitt, wie aus einem Bericht der Landesregierung hervorgeht, der im Frauenausschuss beraten wurde. Demnach waren 2013 rund 3,8 Millionen Nordrhein-Westfälinnen erwerbstätig – im Vergleich zu 2,6 Millionen zehn Jahre zuvor. Ihre Zahl stieg damit um fast 50 Prozent. Die sogenannte Frauenerwerbsquote lag bei 68 Prozent und damit unter der im Bundesgebiet (73,6 Prozent) und der in den westlichen Flächenländern (71,5 Prozent). Laut Bericht des Ministeriums für Gesundheit,

Emanzipation, Pflege und Alter gibt es zwischen den Regionen des Landes Unterschiede bei der Frauenerwerbstätigkeit. Über dem Landesdurchschnitt lagen beispielsweise das Münsterland (71,6 Prozent), Ostwestfalen-Lippe (70,9 Prozent) und die Region Düsseldorf/Kreis Mettmann (70,7 Prozent). Unterdurchschnittliche Werte erreichten u.a. die Regionen Mülheim, Essen, Oberhausen (66,6 Prozent) und Aachen (65,8 Prozent), der Niederrhein (63,2 Prozent) und – als Tabellenletzter – die Emscher-Lippe-Region mit 60,8 Prozent. In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um das Armutsrisiko für Frauen, die Zahl der geringfügig beschäftigten Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

## Thema Wohnungseinbrüche

24.9.2015 – Der Innenausschuss hat sich in einer Aktuellen Viertelstunde mit dem Thema „Wohnungseinbrüche“ befasst. Hintergrund war ein Zwischenbericht des Landeskriminalamts zum „Forschungsprojekt Wohnungseinbruchdiebstahl“. Die CDU zitierte Medienberichte, denen zufolge es sich um eine „bislang geheim gehaltene Analyse“ handle. Obwohl nur 17,4 Prozent der Wohnungseinbrecher in NRW aus Osteuropa stammten, machten sie nahezu doppelt so viel Beute wie deutsche Kriminelle. Wissenschaftliche Untersuchungen allein reichten nicht aus, um die steigende Zahl der Einbrüche in den Griff zu bekommen, erklärten Sprecher von CDU und FDP. Man müsse aus den Ergebnissen auch Konsequenzen ziehen. Beide Fraktionen wiesen auf eine „miserable Aufklärungsquote“ hin. Die SPD wies die Vorwürfe der Opposition zurück. In einer der nächsten Sitzungen des Innenausschusses könne man beraten, wie mit den Ergebnissen der Untersuchung umzugehen ist. Der Zwischenbericht sei keineswegs geheim, erklärte die Landesregierung. Rund 50.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei hätten darauf Zugriff.

# Privat gebaut – öffentlich genutzt

## Experten äußern sich zu ÖPP-Projekten bei Bundesfernstraßen

22. September 2015 – Wie kann der Sanierungsstau beim Bau und Erhalt von Bundesfernstraßen in NRW aufgelöst werden? Mit dieser Frage beschäftigten sich die Mitglieder des Verkehrsausschusses in einer Sachverständigenanhörung. Konkret ging es um Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) – also die Zusammenarbeit von privaten Unternehmen und öffentlicher Hand bei Bauvorhaben.

Grundlage der Anhörung war ein Antrag der CDU-Fraktion ([Drs. 16/8643](#)). Damit unterstützt sie die Pläne der schwarz-roten Bundesregierung für die Gründung einer zentralen „unabhängigen Infrastrukturgesellschaft“, die die Finanzierung und Planung von Bauvorhaben in Deutschland übernehmen soll. Die Gesellschaft soll dabei auch auf private Finanzierungsmöglichkeiten für Straßenbauprojekte zurückgreifen können – in ÖPP-Projekten.

In dem [Antrag](#) heißt es, dass Nordrhein-Westfalen als verkehrsreichstes Bundesland auf ein leistungsfähiges Fernstraßennetz angewiesen sei. Der Bund habe 5 Milliarden Euro zusätzlich für die Verkehrsinfrastruktur bis 2017 bereitgestellt. Bis 2018 seien weitere 10 Milliarden Euro geplant. Um die Sanierung und den Ausbau des Bundesfernstraßennetzes voranzutreiben, müssten vorhandene Mittel „effektiver genutzt und darüber hinaus zusätzliche Mittel generiert werden“. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Pläne des Bundes zu unterstützen.

Die Projektmanagementgesellschaft DEGES, die nach Angaben von Dirk Brandenburger im Auftrag von acht Bundesländern ÖPP-Straßenbauprojekte – also Vorhaben in Zusammenarbeit von Öffentlicher Hand und privaten Unternehmen – begleitet hat, zog eine positive Bilanz. Die vertraglichen Bauzeiten seien eingehalten oder unterschritten worden. Ein Projekt in Thüringen sei ein Jahr früher beendet worden als geplant. Bei allen Vorhaben sei der Kostenrahmen eingehalten worden. Bau, Erhal-

tung und Betrieb der Straßen wiesen eine gute Qualität auf.

Der Naturschutzverband BUND sprach sich gegen ÖPP-Projekte aus. Dieter Donner vom BUND sagte in der Anhörung, nach bisherigen Erkenntnissen seien die Projekte unwirtschaftlich. Einzelne Vorhaben seien bis zu 46 Prozent teurer gewesen als konventionelle. Oft werde das Konzept ÖPP „schöngerechnet“. Donner kritisierte zugleich eine Fokussierung auf den Straßenbau in der Debatte. Dieser sei „kein Selbstzweck“. Es müssten alle Verkehrsträger in den Blick genommen werden. Auch müssten Klima- und Umweltfragen eine Rolle spielen.

### Investitionsbedarf

Prof. Beate Wiemann vom Bauindustrieverband NRW hob hervor, dass im vergangenen Jahr 2,8 Prozent der Investitionen in Bundesfernstraßen als ÖPP-Projekte realisiert worden seien. Bis 2018 werde der Anteil auf maximal 8 Prozent anwachsen bei gleichzeitig steigendem Investitionsbedarf. Es gehe darum, für jedes Vorhaben die „beste Lösung“ zu finden, und zwar nicht die preisgünstigste, sondern die wirtschaftlichste. Hier könne ÖPP Vorteile haben, beispielsweise wegen „Termin- und Kostentreue“. Ziel müsse daher sein, diese Partnerschaften als sinnvolle Alternative zu etablieren.

Kritik kam hingegen von der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen. Annette Zülch warnte für den Verband vor

Nachteilen für mittelständische Betriebe bei ÖPP-Projekten. Bei diesen beschränke sich der Wettbewerb auf eine geringe Zahl ausländischer Baukonzerne sowie in- und ausländischer Großbanken und Betriebe. Dies fördere die Bildung von Oligopolen – Marktformen, bei denen wenige Anbieter sich eine Branche aufteilen. Wenn ÖPP politisch gewollt sei, müsse es mittelstandsgerechte Vergabe- und Finanzierungsvorgaben geben.

Vorteile durch gemeinsame Bauprojekte von privaten Unternehmen und Öffentlicher Hand sieht die ÖPP Deutschland AG – ein vom Bund gegründetes Beratungsunternehmen für öffentliche Auftraggeber zur ÖPP-Förderung. Bernward Kulle betonte, die Projekte zeichneten sich u.a. durch einen erheblich höheren Grad an Termintreue und die Einhaltung der veranschlagten Kosten aus. Auch gebe es bei den Kosten eine höhere Transparenz. Insgesamt seien die Wirtschaftlichkeitsvorteile „deutlich“.

Für die Gewerkschaft Komba NRW warnte dagegen Eckhard Schwill davor, die Straßeninfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge für den Wettbewerb zu öffnen. Mit Blick auf das Vorhaben des Bundes, eine zentrale Infrastrukturgesellschaft zu gründen, fragte er, welche Möglichkeiten die Bundesländer dann noch hätten, auf Bundesprojekte Einfluss zu nehmen. Zugleich bestehe die Gefahr, dass bewährte Strukturen beim Landesbetrieb Straßen NRW aufgelöst würden. Die Beschäftigten dort machten „einen guten Job“.

wib

# Weil ich ein Mädchen bin

## Der große kleine Unterschied

Diskriminiert vom ersten Atemzug an: So ergeht es Millionen Mädchen auf der ganzen Welt. Zum Internationalen Mädchentag der Vereinten Nationen macht die Hilfsorganisation „Plan International Deutschland“ gemeinsam mit dem Landtag auf die Missstände aufmerksam.

Es sind Probleme, die in erster Linie die Entwicklungsländer betreffen: 62 Millionen Mädchen weltweit gehen nicht zur Schule. 14 Millionen unter 18 Jahren werden jedes Jahr zwangsverheiratet. 29 Prozent zwischen 15 und 19 Jahren werden Opfer von Gewalt durch ihre Partner. In vielen Ländern der Erde werden weibliche Föten sogar abgetrieben, weil die Eltern Jungen bevorzugen. Das Risiko, an Mangel- oder Unterernährung zu sterben, ist für Mädchen weitaus größer als für ihre Brüder.

Mit der weltweiten Kampagne „Because I am a Girl“ (Weil ich ein Mädchen bin) kämpft „Plan“ seit 2012 für die Rechte von Mädchen und für Chancengleichheit auf der ganzen Welt. Unterstützung erhält die Kinderhilfsorganisation vom Landtag: Am 20. Oktober 2015 findet im Landesparlament eine Veranstaltung zum Internationalen Mädchentag statt. Dort wird „Plan“-Geschäftsführerin Maike Röttger den diesjährigen Report der Organisation zur Lage der Mädchen in der Welt vorstellen. An einer Diskussionsrunde nehmen neben Röttger die Obfrauen aller Fraktionen des Ausschusses für Frauenpolitik sowie die Schauspielerin Marion Kracht teil.

Ziel der Kampagne „Because I am a Girl“ ist es, die Lebenssituation von benachteiligten Mädchen nachhaltig zu verbessern – insbesondere durch ein Recht auf Bildung. Jedes Mädchen soll mindestens neun Jahre zur Schule gehen oder eine vergleichbare Bildung erhalten. Dies mache eine Heirat zu einem späteren Zeitpunkt wahrscheinlicher und führe dazu, dass sie weniger Kinder bekommen. Ein zusätzliches Jahr Schulbildung kann zudem nach Angaben der Hilfsorganisation das spätere Einkommen eines Mädchens um 10 Prozent erhöhen.

Laut „Plan“ ist die Verbesserung der Lebenssituation von Mädchen zugleich der Schlüssel für eine Reduzierung der Armut in den Entwicklungsländern. Mit der Möglich-



Maike Röttger

Foto: Plan/Sandra Gätke

keit, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, werde sich eine junge Frau samt ihrer Familie aus der Armut befreien können. Ihr eigenes Lebensmodell übertrage sie auf ihre Töchter – investiere in deren Ausbildung und deren Gesundheit.

## Gegründet 1937

„Plan International“ ist eines der weltweit ältesten Kinderhilfswerke und engagiert sich in 51 Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Sitz der deutschen Sektion ist Hamburg. Gegründet wurde die Organisation 1937 durch den britischen Journalisten John Langdon-Davies, den das Leid von Flüchtlings- und Waisenkindern im spanischen Bürgerkrieg aufgerüttelt hatte.

Ziel der Arbeit von „Plan“ ist es, die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu verbessern, u.a. durch Projekte in den Bereichen Bildung und Ausbildung, Hygiene, humanitäre Hilfe und Schutz vor HIV-Infektionen. Mehr über „Plan International Deutschland“ und die Kampagne „Because I am a Girl“ finden Sie unter [www.plan-deutschland.de](http://www.plan-deutschland.de) sowie [www.biaag.de](http://www.biaag.de).

Das Kinderhilfswerk „Plan“ (Bericht links) wird am 20. Oktober 2015 im Landtag über seine Arbeit informieren. Im Mittelpunkt soll dabei die Situation von Mädchen stehen. Geschäftsführerin Maike Röttger berichtet im Interview, warum sie in vielen Ländern noch immer benachteiligt sind.

**Frau Röttger, können Sie sich an das Lied „Mädchen“ von Lucilectric erinnern? 1994 war der Song ein Hit. Ehrlich gesagt, nein.**

**In dem Lied heißt es „Mir geht’s so gut, weil ich ein Mädchen bin“. Was empfinden Sie, wenn Sie einen solchen Satz hören?**

Wenn ich das auf die Entwicklungsländer beziehe und dabei auch unsere Kampagne „Because I am a Girl“ im Kopf habe, dann stellen sich mir alle Nackenhaare hoch. Den Mädchen auf dieser Welt geht es nicht gut. Ganz im Gegenteil, sie sind – eben nur, weil sie Mädchen sind – im großen Teil dieser Erde nicht nur benachteiligt, sondern ihre Rechte als Menschen und als Frauen werden klar missachtet.

## Kreislauf der Armut

**Wo genau sind Mädchen benachteiligt? Wir reden wahrscheinlich in erster Linie über Entwicklungsländer ...**

Ja, unser Fokus liegt auf der Arbeit in 51 Entwicklungsländern. Dort ist die Benachteiligung besonders gravierend und führt letztlich auch dazu, dass sich diese Gesellschaften nicht aus dem Kreislauf der Armut herausbewegen können. Wir wissen aus unserer Erfahrung als eines der ältesten Kinderhilfswerke weltweit um die Situation der Mädchen auf dieser Welt, und wir wissen auch, welche Auswirkungen es hätte, wenn diese Mädchen gebildet wären. Jedes Jahr, das ein Mädchen nach der Grundschule länger zur Schule geht, würde mindestens 20 Prozent mehr Einkommen in die Familie quasi zurückinvestieren. Das Mädchen würde später weniger Kinder haben und diese würden gesünder aufwachsen. Mädchen zu bilden heißt, den Kreislauf der Armut zu durchbrechen.

**Welche konkreten Benachteiligungen gibt es neben fehlender Bildung?**

Für uns ist tatsächlich Bildung der Schlüssel. Wir haben uns angeschaut, warum Mädchen nicht zur Schule gehen. Es gibt unterschiedliche Gründe. Einer ist ganz klar Armut. Wenn die Kinder auf dem Feld mitarbeiten müssen, wenn



„Plan“ ist weltweit aktiv. Das Bild zeigt ein Mädchen in Ghana.

Foto: Plan/Jane Hahn

das Geld für ein Schulheft fehlt, dann gehen sie nicht zur Schule. Potenzielle Gewalt ist ebenfalls eine ganz große Barriere. Wenn Mädchen ein oder zwei Stunden zur Schule laufen müssen, haben die Eltern einfach Angst, sie loszuschicken, weil sie dann möglicherweise vergewaltigt werden könnten. Auch die Gesundheit der Mädchen wird in der Regel hintangestellt. Wenn eine Familie viele Kinder hat, dann werden es zuerst die Jungen sein, die versorgt werden.

#### Warum werden Jungen bevorzugt?

Zum einen hat das traditionelle Gründe. Die Rolle des Mädchens ist einfach festgeschrieben und Eltern, die nicht gebildet sind und den Wert von Bildung nicht ermessen können, werden an dieser Tradition festhalten. Hinzu kommt, dass ein Mädchen die Familie in der Regel als junge Frau verlässt und in eine andere Familie einheiratet. Es gibt ein Sprichwort aus Nepal: Ein Mädchen großzuziehen bedeutet, den Garten des Nachbarn zu wässern.

#### Ihre Kampagne heißt „Because I am a Girl“, übersetzt: Weil ich ein Mädchen bin. Welche Ziele verfolgen Sie?

Wir wollen die Bildungschancen von Mädchen verbessern. Die Kampagne sollte ursprünglich von 2012 bis 2015 laufen, wird aber noch einmal verlängert. Im ersten Teil dieser Kampagne haben wir uns das Ziel gesetzt, 4 Millionen Mädchen eine weiterführende Schulbildung zu ermöglichen. Wir wollen 40 Millionen Mädchen und Jungen über unsere Programme zur

Gleichberechtigung erreichen und wir möchten, dass 400 Millionen Menschen insgesamt erreicht werden, indem wir Regierungen dahingehend beeinflussen, dass sie Gleichberechtigung auf ihre Agenda setzen.

#### Können Sie eine Zwischenbilanz ziehen?

Unsere Zwischenbilanz fällt sehr gut aus. Wir sind ganz sicher, dass wir diese Zahlen erreichen werden.

## Bruder und Schwester

#### Woher stammt der Kampagnen-Titel „Because I am a Girl“?

Er geht zurück auf einen Besuch von Senta Berger, unserer Schirmfrau, und meiner Vorgängerin Marianne Raven in einem kleinen Dorf in Nepal. Ihnen fiel ein kleines Mädchen auf, das spärlich bekleidet und auch nicht gut ernährt war und seinen wesentlich besser genährten und gut angezogenen Bruder auf dem Arm trug. Sie haben die Mutter gefragt, warum die Tochter im Vergleich zu ihrem Sohn so ärmlich aussehe. Die Mutter antwortete: Weil sie ein Mädchen ist.

#### Sie werden am 20. Oktober im Landtag über ihre Projekte informieren. Welche Schwerpunkte setzen Sie?

Die Kampagne „Because I am a Girl“ hat einen Höhepunkt am 11. Oktober, dem Internationalen Mädchentag, der auf Initiative von Plan International von den Vereinten Nationen ein-

gerichtet wurde. Rund um diesen Tag veröffentlichen wir jedes Jahr einen Bericht, der sich mit der Situation der Mädchen weltweit befasst und der uns auch wichtige Daten liefert. Für uns ist es eine riesige Unterstützung, dass der Landtag gemeinsam mit uns diesen Bericht vorstellt und wir dazu noch eine große Veranstaltung mit Jugendlichen haben.

#### Am 11. Oktober wollen Sie auch optisch für Mädchenrechte sensibilisieren und bundesweit bekannte Gebäude pink anstrahlen.

Genau. Das machen wir seit einigen Jahren, es ist die sogenannte Pinkifizierung.

#### Welche Gebäude werden in NRW angestrahlt?

Zum Welt-Mädchentag werden das Grillo-Theater in Essen pink leuchten sowie das LVR-Landeshaus, die Kirche St. Pantaleon und das Denkmal Jan-von-Werth am Alten Markt in Köln.

#### Viele prominente Frauen unterstützen Ihre Kampagne, die Schauspielerin Senta Berger zum Beispiel ist Schirmfrau. Wie halten es die Männer?

In erster Linie haben uns immer Frauen unterstützt. Wir möchten aber zunehmend auch Männer einbinden. Es ist nicht so, dass Männer sich sperren würden. Ganz im Gegenteil. Die Situation der Mädchen auf der Welt können wir nur gemeinsam ändern.

Das Interview führten Wibke Busch und Michael Zabka

# AUS DEN FRAKTIONEN

## Freiwerdendes Betreuungsgeld für frühkindliche Bildung verwenden

Das Bundesverfassungsgericht hat im Sommer das Betreuungsgeld gestoppt. Hierzu wollten SPD und Grüne einen Antrag ins Oktoberplenum einbringen, um eine Verwendung der freigewordenen Mittel für die Kitas in NRW sicherzustellen. Dieser Antrag hat sich nun erfreulicherweise erledigt: Am 24. September einigten sich Bund und Länder beim sogenannten „Flüchtlingstipfel“ darauf, das Geld nicht einfach im Bundeshaushalt versickern zu lassen, sondern an die Länder für frühe Bildung weiterzuleiten.

„Es ist gut, dass das freiwerdende Geld den Ländern zur Verfügung gestellt wird. Wir werden es für die Kinderbetreuung verwenden,

dort, wo es dringend gebraucht wird“, sagt Britta Altenkamp, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Unsere Position ist klar: Wir wollen die frühkindliche Bildung weiter ausbauen – in hoher Qualität und gebührenfrei. Das ist das, was Familien in NRW brauchen. Der Erfolg beim Gipfelgespräch ist auch unserer Landesregierung zu verdanken, die sich stets für die Abschaffung des Betreuungsgeldes eingesetzt hat.“



Britta Altenkamp (SPD)

Für Britta Altenkamp ist das Betreuungsgeld der falsche Weg. Die freiwerdenden Mittel „sollen auch weiterhin Kindern und Familien zugutekommen“. Gute Bildung von Anfang an leistet einen wichtigen präventiven Beitrag

gegen die Folgen von Armut. In Deutschland wachsen 2,6 Millionen Kinder unter 15 Jahren in einer Familie auf, die armutsgefährdet ist oder Leistungen der Grundsicherung (SGB VIII) bezieht. Eine qualitativ gute Elementarbildung ist wesentlich, um Kindern Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. „Hier ist auch der Bund gefordert. Im Vergleich hinkt Deutschland insgesamt bei den Ausgaben für frühkindliche Bildung hinterher – das System ist bundesweit unterfinanziert.“



## CDU-Forum zum Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen

Anlässlich der Veröffentlichung des Buches „Das Deutschland-Prinzip“ der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft veranstaltete die CDU-Landtagsfraktion am 7. September im Landtag eine Podiumsdiskussion zur Zukunft des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. In der

Wandelhalle debattierte CDU-Fraktionschef Armin Laschet mit dem Herausgeber des Buches, Wolfgang Clement, dem Präsidenten von METALL NRW, Arndt Kirchhoff, sowie dem Vorstandsmitglied der Deutz AG, Dr. Margarete Haase. Die WDR-Journalistin Gisela Steinhauer moderierte die Runde.



Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage, wie die Landespolitik die wirtschaftlichen Stärken Nordrhein-Westfalens erhalten und ausbauen könne. Alle Diskutanten waren sich darin einig, dass eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft

hierfür nötig sei. Laschet betonte, dass die Landesregierung endlich für ein investitions- und innovationsfreundliches Klima sorgen und die Unternehmen von bürokratischen Lasten befreien müsse. „Wir brauchen nach dem erfolgreichen Deutschland-Prinzip nun hier an Rhein und Ruhr endlich ein Nordrhein-Westfalen-Prinzip“, so Laschet. Der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement forderte die Entwicklung einer „regelrechten Gründerkultur“. Hierin läge „eine große Chance, vor allem für die strukturelle Erneuerung des Ruhrgebiets“.



## Rot-Grün handelt: Integration durch Bildung

Die rot-grüne Koalition investiert in Bildung. Das ist eine der unverzichtbaren Maßnahmen, um der gesellschaftspolitischen Aufgabe der Integration der Flüchtlinge gerecht zu werden. Dabei leistet NRW bisher mehr als jedes andere Bundesland. Mehr Schülerinnen und Schüler in der Schule brauchen natürlich auch mehr Lehrkräfte. Inklusive des aktuellen dritten Nachtragshaushalts



werden mehr als 3.600 zusätzliche Lehrstellen zur Verfügung gestellt, die allen in der Schule zugutekommen. 1.200 Stellen helfen speziell bei der Sprachförderung. Zudem werden die Plätze in der Offenen Ganztagschule ausgebaut, und auch Kommunale Integrationszentren erhalten Unterstützung. Bildung ermöglicht Teilhabe und schafft Integration. Das gibt Geflüchteten eine Perspektive und erschließt der Gesellschaft neue Potenziale. Auch die Weiterbildungseinrichtungen sind mit ihrer Kompetenz unverzichtbare und wertvolle Partner zur Bewältigung der gemeinsamen Aufgaben. Es macht sich auch bezahlt, dass NRW die Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache forciert und systematisch verankert hat. Mit Beschluss des Nachtrags am 1.10.2015 wird die Voraussetzung geschaffen, die Stellen zügig be-

setzen zu können. Für die Besetzung der Stellen stehen Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung, u. a. die ausgebildeten Referendare ab dem 1.11.2015.

Ein besonderer Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, die mit großem Einsatz an die Aufgaben herangehen, und auch den unermüdbaren Ehrenamtlichen, darunter auch viele pensionierte Lehrkräfte. Sie sind ein großer Beweis der Mitmenschlichkeit in NRW. Sie brauchen und verdienen unsere Unterstützung. ■



## Bürgerdialog der FDP-Landtagsfraktion

Traditionell öffnet die FDP-Fraktion im Herbst ihre Tür für die Bürgerinnen und Bürger. Die Abgeordneten laden in den Landtag ein, führen die Gäste durch das Haus und geben einen fachpolitischen Einblick. Von diesem Gedankenaustausch profitieren beide Seiten: Politik ist für die Bürger greifbar, und die Abgeordneten hören, was ihre Besucher bewegt. Zur Tradition des Bürgerdialogs gehört auch, dass der Fraktionsvorsitzende die Gäste begrüßt – rund 250 in diesem Jahr –, die großen Themen der Landespolitik umreißt und die Abgeordneten vorstellt.

Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, bemängelte, dass die Debatte im Landtag sich in den vergangenen 15 Jahren verändert habe. Statt vielfältiger Gestaltungsansätze gebe es inzwischen eine überwältigende Mehrheit, die Bürger und Un-



ternehmen bevormunde und reglementiere und das Geld anderer Leute mit vollen Händen ausbeute. „Die einzige Stimme für die Freiheit im NRW-Landtag ist die FDP-Fraktion“, sagte Lindner. „NRW wird unter SPD und Grün wirtschaftlich abgehängt“, bedauerte Lind-

ner. Nur Sachsen-Anhalt habe ein geringeres Wirtschaftswachstum. Die Leitentscheidung zur Braunkohle, mit der Garzweiler II deutlich verkleinert wird, stellt erneut falsche Weichen für den Wirtschafts- und Energiestandort. Und auch in der Bildungspolitik weist NRW immer größere Defizite auf.

Bei der launigen Vorstellung der Abgeordneten war von Freiheitskämpfern, Sheriffs und Kümmerern die Rede. Welche aktuellen Themen die 22 Mitglieder der FDP-Fraktion bearbeiten, wurde in kleineren Gruppen diskutiert. ■



## NRW braucht eine Politik für Flüchtlinge

Seit unserem Einzug in den Landtag NRW fordern wir eine bessere und humanere Flüchtlingsaufnahme. Konkret initiiert haben wir einen „Heim-TÜV“, ein Beschwerdemanagement, einen Flüchtlingsbeauftragten, qualifizierte Betreuer vor Ort und verbindliche Standards in den Aufnahmestellen. Wir kritisieren seit Jahren die Aufnahmesituation und haben auf fehlende Kapazitäten hingewiesen. Dass wir jetzt 20.000 Plätze in Zelten schaffen müssen, liegt auch an der jahrelangen Ignoranz der Verantwortlichen. Von der Landesregierung wurde zu viel versprochen, aber zu wenig gehalten.

Das dezentrale Beschwerdemanagement ist bisher nicht in allen Einrichtungen besetzt, die



Frank Herrmann  
(PIRATEN)

Betreuung besonders schutzbedürftiger Personen ist nicht gewährleistet. Wir haben die Einführung einer Krankenkarte für die medizinische Versorgung der Flüchtlinge beantragt.

Die Landesregierung hat sich dazu nun mit den Krankenkassen auf die Einführung einer Gesundheitskarte verständigt. Aber auch hier gibt es Verbesserungsbedarf, denn die medizinische Versorgung der Flüchtlinge hängt vom Wohlwollen der Kommunen ab, denen der Beitritt zu dem Rahmenvertrag nur freigestellt ist.

Im aktuellen Plenum haben wir einen freien und offenen Internetzugang in den Unterbringungseinrichtungen des Landes beantragt – mit Unterstützung der Freifunkinitiativen in NRW.

Geflüchteten muss eine barrierefreie und zeitlich nicht begrenzte Nutzung des Internets ermöglicht werden. Das Internet ist für die Schutzsuchenden oft die einzige Möglichkeit, um mit Freunden und Familie in Kontakt zu bleiben, und leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Integration.

NRW muss sich der politischen Verantwortung als Aufnahmeland für Flüchtlinge stellen. Auch deswegen werben wir für ein Ministerium für Integration, Flucht und Einwanderung, welches sich um eine humane, dezentrale und nachhaltige Flüchtlingsaufnahme kümmert. ■



PIRATEN FRAKTION  
IM LANDTAG NRW

# Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | nächster geplanter Beratungsschritt bzw. Beschluss

**Bürokratieabbau in den Kommunen durch Standardisierung und Deregulierung; Antragsrecht für kommunale Spitzenverbände** | [Drs. 16/8649](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Regionaler Flächennutzungsplan; Verlängerung der Befugnis der Planungsgemeinschaft Ruhr (Zweites Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW)** | [Drs. 16/8458](#) | FDP | Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk | schriftliche Anhörung

**Beteiligung und Mitbestimmung aller Kinder in Kindertageseinrichtungen (Änderung des Kinderbildungsgesetzes)** | [Drs. 16/8446](#) | PIRATEN | Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend | in Beratung

**Aktualisierung des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10.02.1998 (Gesetz zur Neuregelung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes)** | [Drs. 16/8293](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Schutz der nordrhein-westfälischen Kommunen vor Risiken aus Fremdwährungskrediten und spekulativen Finanzgeschäften** | [Drs. 16/8131](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz zur Stärkung der Partizipation auf Kommunalebene (Erweiterung der Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen)** | [Drs. 16/5474](#) | PIRATEN | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten in NRW (Abwehr von Gefahren, die von dem Halten sog. Exoten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgehen)** | [Drs. 16/3948](#) | PIRATEN | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | in Beratung

**Gesetz zur Einführung wiederkehrender Straßenausbaubeiträge (Ergänzung des Kommunalabgabengesetzes um die Möglichkeit der Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge. Der Einzelne soll nicht durch einen einmaligen Beitrag enorm belastet werden, sondern die Belastung verteilt sich)** | [Drs. 16/2124](#) | CDU | Ausschuss für Kommunalpolitik | in Beratung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung (Verpflichtung, bei einer Verfassungsänderung einen Volksentscheid durchzuführen)** | [Drs. 16/119](#) | PIRATEN | Hauptausschuss | in Beratung

**Gesetz über die Stiftung von Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen (Aus bislang zwei Gesetzen soll eines werden)** | [Drs. 16/8933](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung des Beamtengesetzes** | [Drs. 16/9578](#) | CDU | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Änderung gesetzlicher Befristungen im Zusammenhang mit der ländlichen Bodenordnung** | [Drs. 16/9078](#) | Landesregierung | 2. Lesung 30.9.2015 | angenommen

**Achtes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales** | [Drs. 16/9079](#) | Landesregierung | 2. Lesung 30.9.2015 | angenommen

**Gesetz zum Siebzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag** | [Drs. 16/9516](#) | Landesregierung | Hauptausschuss | in Beratung

**Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die kommunalen Versorgungskassen und Zusatzversorgungskassen** | [Drs. 16/9517](#) | Landesregierung | 2. Lesung 30.9.2015 | angenommen

**Gesetz über die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung sowie zur Änderung des Gesundheitsdatenschutzgesetzes** | [Drs. 16/9518](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

**Gesetz zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes** | [Drs. 16/9519](#) | Landesregierung | 2. Lesung 30.9.2015 | angenommen

**Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** | [Drs. 16/9520](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | 20.10.2015 Sachverständigenanhörung

**Gesetz über die Abschiebungshaft sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes** | [Drs. 16/9521](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

**Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/9568](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Haushaltsgesetz 2016** | [Drs. 16/9300](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Gemeindefinanzierungsgesetz 2016 und Änderung des Stärkungspaktgesetzes** | [Drs. 16/9302](#) | Landesregierung | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

**Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2015** | [Drs. 16/9800](#) | Landesregierung | 3. Lesung 1.10.2015 | angenommen

**Achtes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes** | [Drs. 16/9808](#) | Landesregierung | 2. Lesung 1.10.2015 | angenommen

**Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/9761](#) | Landesregierung | 1. Lesung 30.9.2015 | Überweisung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Gesetz zur Änderung des WDR-Gesetzes und des Landesmediengesetzes Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/9727](#) | Landesregierung | 1. Lesung 30.9.2015 | Überweisung an den Ausschuss Kultur und Medien

**Gesetz zur Neuregelung der Höchstaltersgrenzen für die Einstellung in ein Beamtenverhältnis in Nordrhein-Westfalen und zur Entfristung der Altersteilzeitregelung** | [Drs. 16/9759](#) | Landesregierung | 1. Lesung 30.9.2015 | Überweisung an den Innenausschuss

**Gesetz über die Sicherheit in Häfen und Hafenanlagen im Land Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/9760](#) | Landesregierung | 1. Lesung 30.9.2015 | Überweisung an den Verkehrsausschuss

**Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2015/2016 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/9807](#) | Landesregierung | 1. Lesung 30.9.2015 | Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum Landtag Nordrhein-Westfalen** | [Drs. 16/9794](#) | SPD und GRÜNE | 1. Lesung 30.9.2015 | Überweisung an den Hauptausschuss

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Neufassung des Landesplanungsgesetzes** | [Drs. 16/9809](#) | Landesregierung | 1. Lesung 1.10.2015 | Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

**Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes** | [Drs. 16/9805](#) | CDU | 1. Lesung 1.10.2015 | Überweisung an den Wirtschaftsausschuss

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften** | [Drs. 16/9795](#) | SPD, CDU und GRÜNE | 1. Lesung 1.10.2015 | Überweisung an den Hauptausschuss

## Persönlich: Susanne Schneider (FDP)



Susanne Schneider lebt die liberale Idee. Freiheit, Eigenverantwortung und Unabhängigkeit sind für sie ganz wichtige Werte. Als gesundheits- und gleichstellungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion provoziert sie nicht nur ihre politischen Mitbewerber mit unbequemen Positionen. Auch unter Gleichgesinnten bringt sie sich ins Gespräch, denn sie hat zwar Respekt, aber keine Angst vor großen Namen. „Es geht mir um die Sache“, erläutert die in Schwerte lebende Mutter von drei Kindern im Alter von 8, 14 und 17 Jahren einen ihrer – für sie selbstverständlichen – Grundsätze.

„Jedem sein Leben lassen, wie er es sich vorstellt, solange es keinen anderen beeinträchtigt“, ist eine der liberalen Positionen, die die 48-jährige verkörpert. Dass sie dabei deutliche Worte findet, wurde beispielhaft in der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation deutlich, als Schneider in der Diskussion über traumatisierte Flüchtlingsfrauen mit kritischen Anmerkungen heftigen Widerspruch auslöste. „Träume und Hirngespinnste“ seien die begleitenden Angebote für die Zugewanderten, denn deren Versorgung und Sicherheit müsse zunächst gewährleistet werden, argumentierte die Liberale. Und überhaupt: „Was ist mit der Behandlung von Männern?“, fragte sie – und erntete bei einigen Parlamentarierinnen Kopfschütteln.

Die Liberale ist in ihrer politischen Laufbahn einen geraden, bisweilen nicht angenehmen Weg gegangen: Im badischen Bretten geboren, wusste sie schon als vierjähriges Kind, dass sie – nach der Mittleren Reife 1984 – Krankenschwester werden wollte. 1988 schaffte sie das Staatsexamen, absolvierte anschließend eine berufsbegleitende Fortbildung, um als Stationsleiterin in Karlsruhe tätig zu werden. Mit den dabei erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet, folgte fünf Jahre später die Ausbildung zur Pharmareferentin. „Das ist eine ganz spannende Branche“, erläutert sie, denn in einem

umkämpften Markt mit verfügbaren Daten über die Verkaufszahlen von Konkurrenzprodukten seien besondere Energie, große Ausdauer und ein gewisses Durchsetzungsvermögen gefordert. „In diesem Beruf habe ich jahrelang ausgesprochen erfolgreich gearbeitet – bis zur Geburt meiner Kinder“, schreibt sie unter „Persönliches“ auf ihrer Homepage. Zwölf Jahre lang habe sie – inzwischen in Schwerte lebend – „in der Familienphase nicht für Geld gearbeitet“ und dabei die Defizite in der Kinderbetreuung und im Bildungswesen kennengelernt. Das war der Anstoß für das politische Engagement: „Machen statt Meckern“, war die Devise. „Die SPD war mir zu gleichmacherisch, die CDU zu konservativ – und von der Verbotskultur der Grünen habe ich auch nichts gehalten“, schildert sie ihren Prozess zur Klärung ihrer politischen Heimat. 2010 kandidierte sie zeitgleich mit dem Wiedereinstieg in die Pharmareferenten-Tätigkeit erstmals für den Landtag. Als an ihrem Geburtstag am 14. März 2012 der NRW-Landtag aufgelöst wurde, trat sie erneut als Bewerberin um den Parlamentsplatz an und zog in den Landtag ein.

### „Gutes Wahlergebnis abliefern“

„Rot-Grün hat keine Mehrheit mehr“, sieht sie gute Chancen auf einen Machtwechsel in NRW. Auf mögliche Koalitionspartner will sie sich aber nicht festlegen lassen. „Erst müssen wir ein gutes Wahlergebnis abliefern“, lautet ihre persönliche Vorgabe. „Es hängt viel von den handelnden Personen ab“, bleibt sie – entgegen ihren eigentlichen Gewohnheiten – bewusst unbestimmt. Erfahrungen mit der Situation, als Vertreterin einer kleinen Fraktion mit wenig Abgeordneten viele Aufgaben und Themen bewältigen zu müssen, hat sie genügend gesammelt. Mit dem nötigen Selbstbewusstsein ausgestattet, ist sie inzwischen zur Kreisvorsitzenden in Unna, zur Vize-Vorsitzenden in den Bezirksvorstand Westfalen-Süd sowie in den Landesvorstand aufgerückt. Und die erneute Kandidatur für die Landtagswahl im Mai 2017 hat sie auch schon angekündigt.

Diese kämpferische wie gleichermaßen disziplinierte, mit Einsatz und Fleiß verbundene Einstellung hat sie bereits von Kindesbeinen an in Baden gelehrt bekommen: Als Kind war sie beim Fußballspielen das einzige Mädchen, denn es gab in der Nachbarschaft nur Jungen. Geblieben ist das Interesse als Fan des VfL Bochum. Auch Boxkämpfe schrecken sie nicht ab, wenn die Freizeit nicht gerade mit Fahrten als „Taxi-Mama“ gefüllt ist. Für sie sind als weitere Hobbys Besuche im Theater oder von Konzerten kein Gegensatz, sondern gern genutzte Ergänzung. *Robert Vornholt*

## Landtag würdigt Einsatz der Bundeswehr

Mit einer „Parlamentarischen Begegnung“ hat der Landtag am 30. September 2015 den Einsatz der Bundeswehr gewürdigt. Grund für die Einladung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke und des Kommandeurs des Landeskommandos NRW, Brigadegeneral Peter Gorgels, war ein runder Geburtstag: Vor 60 Jahren – am 12. November 1955 – wurde die Bundeswehr gegründet.

Damals erhielten die ersten 101 Freiwilligen in Bonn ihre Ernennungsurkunden. Seit 1. April 1956 heißen die Streitkräfte offiziell „Bundeswehr“. In NRW sind rund 30.000 Soldatinnen und Soldaten stationiert.

### Parteiübergreifender Dank

Landtagspräsidentin Gödecke begrüßte die Gäste auch im Namen der Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke. Sie sagte, die Bundeswehr habe sich nicht nur als Friedensarmee und als Teil unserer Gesellschaft hervorragend bewährt. Sie habe sich auch mit großem Erfolg auf immer neue Herausforderungen und veränderte Sicherheitslagen eingestellt.

Brigadegeneral Gorgels bedankte sich bei allen, die die Plenardebatte und die „Parlamentarische Begegnung“ initiiert und ermöglicht hätten. Beides habe die Verbundenheit und die Wertschätzung des Landtags für die Bundeswehr in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht.

Vor Beginn der Veranstaltung hatte der Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU, GRÜNEN und FDP einen gemeinsamen Antrag ([Drs. 16/9790](#)) der vier Fraktionen zur Rolle der Bundeswehr verabschiedet. Darin bringen diese ihre „Wertschätzung für die Arbeit der Bundeswehr für ein friedliches und vereintes Europa und für stabile und demokratische Strukturen bei den internationalen Einsätzen“ zum Ausdruck. Herausgehoben wird auch die Mithilfe der Soldatinnen und Soldaten bei Katastropheneinsätzen im Inland, beispielsweise nach dem Sturmtief ELA. *wib*

## Kurz notiert

### Tag der Einheit

Der Landtag hat sich auch in diesem Jahr wieder beim Bürgerfest zum „Tag der Deutschen Einheit“ präsentiert. In diesem Jahr wurden die Feierlichkeiten vom 2. bis 4. Oktober 2015 vom Land Hessen in Frankfurt/Main ausgerichtet. Auf der Ländermeile stellten sich die Bundesländer und ihre Institutionen vor. Der Landtag hatte einen eigenen Stand aufgebaut, an dem es Informationen rund um die Aufgaben und die Arbeit des Landesparlaments gab.

### Schützenabend

Hunderte Schützen haben am 22. September 2015 am Parlamentarischen Abend „Schützenbrauchtum“ teilgenommen. Wegen Regens fand der Zapfenstreich im Landtag statt. Das tat der Stimmung aber keinen Abbruch. Präsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Eckhard Uhlenberg begrüßten Vertreter zahlreicher Schützenverbände sowie Schützenköniginnen und Schützenkönige aus ganz NRW.

### Besuch in Kiel

Das Präsidium des Landtags hat bei einer Schleswig-Holstein-Reise den Kieler Landtag besucht. Landtagspräsidentin Carina Gödecke sowie die Vizepräsidenten Eckhard Uhlenberg, Oliver Keymis und Dr. Gerhard Papke verfolgten die Plenardebatte und sprachen mit dem dortigen Ältestenrat über die Themen Föderalismus, Verfassungsreform sowie Verkehrs- und Infrastrukturprojekte.

Landtagspräsidentin Gödecke erinnerte an frühere Gespräche, bei denen es um die geplante Reform der Verfassungen in beiden Ländern gegangen sei. Nordrhein-Westfalen sei sehr interessiert an den Erfahrungen, die Schleswig-Holstein mit der Verfassungskommission gemacht hat. In Schleswig-Holstein wurde die neue Landesverfassung im Herbst verabschiedet, in Nordrhein-Westfalen berät derzeit eine Verfassungskommission über mögliche Änderungen.

### Treffen & Termine

**Bis 23.10.** Ausstellung „60 Jahre WestLotto“

**30.10.** Veranstaltung zum Internationalen Mädchentag

**3.11.** Eröffnung der Ausstellung „Auf der Schwelle – Leben im Frauenhaus“

**4.11.** Parlamentarischer Abend Luft- und Raumfahrtindustrie

**6.11.** Eröffnung der Ausstellung „Ungesehen: Lebensgeschichten von Sinti und Roma in NRW“



## Informationen rund um den Landtag NRW

Der Landtag Nordrhein-Westfalen versteht sich als das „Haus der Bürgerinnen und Bürger“ an Rhein und Ruhr. So lautet auch der Titel einer umfangreichen Broschüre, die nun in der Neuauflage vorliegt. Sie gibt Einblick in die Geschichte des Landtags seit seiner Gründung 1946, in die Besonderheiten der Architektur des 1988 eröffneten modernen Parlamentsgebäudes am Rhein, die Arbeit von Fraktionen und Fachausschüssen und die Funktionen des Landesparlaments. Die Broschüre kann kostenlos im Internet heruntergeladen oder bestellt werden: [www.landtag.nrw.de/Aktuelles & Presse/Publikationen](http://www.landtag.nrw.de/Aktuelles&Presse/Publikationen). Telefonische Bestellung unter (0211) 884-2851. Foto: Schälte